

### **Zusammenfassung des Postulats**

Mit dem am 9. September 2010 eingereichten und begründeten Postulat (*TGR* S. 1321) ersuchen die Grossräte Nicolas Rime und Hugo Raemy den Staatsrat, einen Bericht über das im Kanton geltende System betreffend das Ausstellen öffentlicher Urkunden auszuarbeiten. Sie fordern insbesondere eine vergleichende Studie über die beiden in der Schweiz bekannten Notariatssysteme, das freie Notariat und das Amtsnotariat. Ausserdem soll die Studie, unter Annahme, dass das geltende System beibehalten wird, die Berechnungsweise der Notariatshonorare und die Berechtigung des Numerus Clausus untersuchen.

### **Antwort des Staatsrates**

Der Staatsrat nimmt die Forderung der Autoren des Postulats nach einer solchen Studie wohlwollend auf. Er ist der Ansicht, dass die gestellten Fragen tatsächlich neu geprüft werden sollen, insbesondere vor dem Hintergrund der Kritik an unserem Notariatssystem, ob berechtigt oder nicht, und der vergleichenden Studie, die von der Preisüberwachung ausgearbeitet wurde.

Auch aus anderen Gründen erweist sich eine solche Studie als notwendig. Das Notariatsgesetz hat seit 1986 nur geringfügige Änderungen erfahren und dabei handelte es sich grösstenteils um terminologische Anpassungen. Grundsätzlich bedürfen zahlreiche Punkte einer Überprüfung: die Tarife, der Numerus Clausus, die Aufsicht, das Disziplinarverfahren, der Inhalt und die Form der Urkunden. Hinzu kommen Änderungen, die durch andere Gesetze bedingt sind, wie zum Beispiel durch die Änderung vom 11. Dezember 2009 des Zivilgesetzbuches (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht) oder durch den Vorentwurf zum Privatrechtsgesetz (Abschaffung der Befugnis zur Ausstellung von Erbbescheinigungen).

Die im Postulat empfohlene Studie wird somit eine breitere Auseinandersetzung mit der Reglementierung des Notariats in unserem Kanton ermöglichen.

Deshalb schlägt der Staatsrat vor, das Postulat erheblich zu erklären. Der entsprechende Bericht wird dem Grossen Rat innert der gesetzlichen Frist übermittelt.

Freiburg, den 29 März 2011